DIW Wochenbericht

47 2026

Wirtschaft. Politik. Wissenschaft. Seit 1928

DIW BERLIN



723 Bericht von Markus M. Grabka

Reale Haushaltseinkommen und Zufriedenheit steigen, Anteil der Sparer*innen wächst

- Reale bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland von 1995 bis 2024 um fast ein Drittel gestiegen
- Nach Jahren mit sehr hoher Inflation zuletzt wieder Anstiege, auch in unteren Einkommensgruppen
- Zufriedenheit mit Einkommen nimmt zu, ebenso Anteil derer, die sparen

733 Interview mit Markus M. Grabka

736 Kommentar von Claudia Kemfert

Weltklimakonferenzen sind besser als ihr Ruf

Die Außenhandelsverflechtung der SBZ mit den Ostblockländern

Der Außenhandel Deutschlands mit Osteuropa
in vH der Gesamteinfuhr bzw. -ausfuhr

Spezialhandel (reiner Warenverkehr)	Deutsches Reich		Bundesrepublik (einschl. West-Berlin)	SBZ (einschl. Ost-Berlin)	Bundesrepublik und SBZ[2])
	1930	1936	1955		
Einfuhr					
Europ. Ostblockländer[1])	15,3	13,7	2,2	71,1	13
darunter UdSSR	5,8	3,5	0,6	40,6	7
Sonstige Länder	84,7	86,3	97,8	29,0	87
Ausfuhr					
Europ. Ostblockländer[1])	14,5	13,2	2,0	72,8	12
darunter UdSSR	5,0	3,9	0,6	45,2	7
Sonstige Länder	85,5	86,8	98,0	27,2	88

[1]) UdSSR (einschl. Baltische Staaten), Albanien, Bulgarien, Polen (einschl. Danzig), Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn. — [2]) Fundierte Schätzung.

CC BY 4.0

Die ost- und südosteuropäischen Staaten nahmen im Außenhandel des Deutschen Reiches der Vorkriegszeit eine gewichtige Stellung ein, da der Handelsaustausch mit ihnen nicht nur aus wirtschafts- und allgemeinpolitischen Gründen, sondern insbesondere wegen der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur für die deutsche Volkswirtschaft eine echte Partnerschaft bedeutete. Die Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegszeit brachten eine völlige Wandlung nicht nur der Wirtschaftsstruktur Ost- und Südosteuropas, sondern auch der außenwirtschaftlichen Beziehungen untereinander und zu den großen Weltmärkten. Die Spaltung Deutschlands ergab gleichzeitig auch eine Neuorientierung im Außenhandel der beiden deutschen Wirtschaftsräume. Der Warenaustausch der Bundesrepublik (einschl. West-Berlin) wickelte sich fast ausschließlich mit dem westlichen Weltmarkt ab. Dem sowjetzonalen Außenhandel fiel fast automatisch der Handel mit dem Osten und Südosten zu, und die Entwicklung von Einfuhr und Ausfuhr 1950–1955 zeigt für die Zonenwirtschaft eine eindeutige Schwergewichtsverlagerung. Während aber die Bundesrepublik den intensivsten Handelsaustausch mit ihren unmittelbaren westlichen, südlichen und nördlichen Nachbarn abwickeln kann, muß die SBZ den Warenaustausch zu 52 vH mit geographisch abgelegeneren Gebieten (UdSSR und China) bestreiten und ist damit für eine sinnvolle Weiterentwicklung der internationalen Arbeitsteilung stark im Nachteil.

Aus dem Wochenbericht Nr. 47 vom 23. November 1956

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 E-Mail: kundenservice@diw.de
93. Jahrgang 18. November 2026

Herausgeber*innen
Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion
Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

Lektorat
Dr. Johannes Geyer

Redaktion
Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Hanna Kathreen Antony; Adam Mark Lederer; Sandra Tubik

Gestaltung
Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter **www.diw.de/wochenbericht** abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter **www.diw.de/wb-anmeldung**

ISSN 1860-8787

DIW Wochenbericht 47 2026

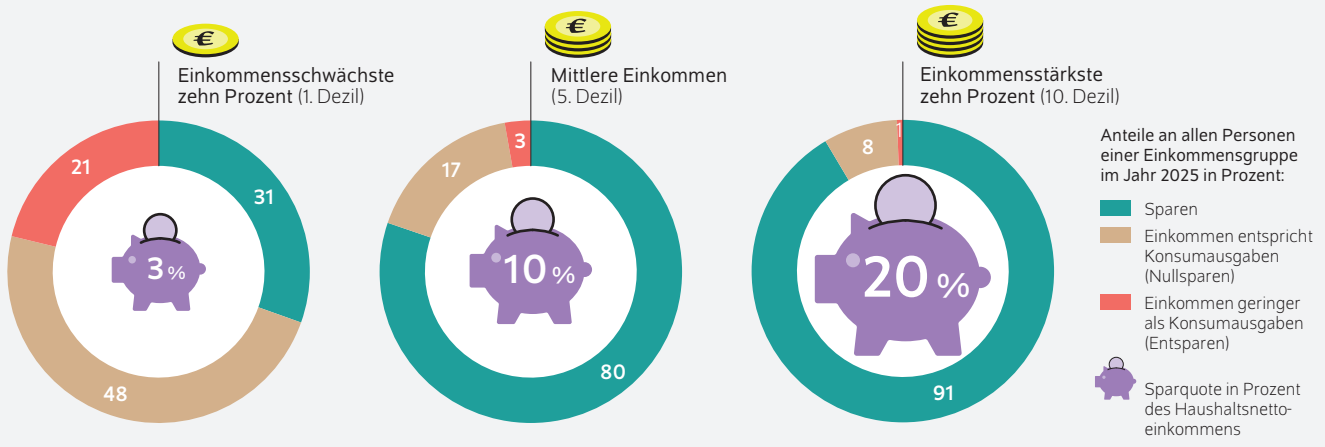
AUF EINEN BLICK

Reale Haushaltseinkommen und Zufriedenheit steigen, Anteil der Sparer*innen wächst

Von Markus M. Grabka

- Reale bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland von 1995 bis 2024 trotz zwischenzeitlich sehr hoher Inflation um fast ein Drittel gestiegen
- Einkommensungleichheit in diesem Zeitraum gewachsen, vom jüngsten Anstieg der Einkommen profitieren aber auch ärmere Haushalte
- Zufriedenheit mit Haushaltseinkommen hat nicht nur insgesamt, sondern auch in unteren Einkommensgruppen zugenommen
- Anteil der Menschen, die Geld sparen, von 57 Prozent im Jahr 2005 deutlich auf 72 Prozent gestiegen, Sparquote unterscheidet sich aber stark nach Einkommen
- Armutsrisikoquote nahezu stabil bei etwa 17 Prozent, Betroffene meist gar nicht oder nur in geringem Umfang erwerbstätig – Arbeitsanreize sollten erhöht werden

Der Anteil der Sparer*innen und die Sparquote steigen deutlich mit dem Einkommen



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEPv42).

CC BY 4.0, creativecommons.org/licenses/by/4.0

ZITAT

„In Deutschland fehlt es im unteren Bereich der Einkommensverteilung an Arbeitsanreizen. Hier könnte man über eine Zusammenlegung staatlicher Leistungen wie Grundsicherung, Kindergeld und Kinderzuschlag einschließlich Wohngeld nachdenken. Das würde deutliche Arbeitsanreize schaffen."

— Markus M. Grabka —

MEDIATHEK

Audio-Interview mit Markus M. Grabka
www.diw.de/mediathek

Reale Haushaltseinkommen und Zufriedenheit steigen, Anteil der Sparer*innen wächst

Von Markus M. Grabka

ABSTRACT

Trotz der zwischenzeitlich sehr hohen Inflation sind die realen Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland von 1995 bis 2024 um 30 Prozent gestiegen. Dabei handelt es sich um die bedarfsgewichtete Rechnung, also die an Größe und Zusammensetzung der Haushalte angepassten Einkommen. Wie neueste Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) außerdem zeigen, ist die Einkommensungleichheit in diesem Zeitraum größer geworden: Während die Einkommen in der Mitte der Verteilung um ein Viertel zunahmen und am unteren Ende stagnierten, betrug der Anstieg der sehr hohen Einkommen bis zu 50 Prozent. Dennoch hat die Zufriedenheit mit den Haushaltseinkommen nicht nur insgesamt, sondern auch in unteren Einkommensgruppen über die Zeit zugenommen. Der Anteil der Menschen, die Geld sparen, ist derweil deutlich gewachsen: von 57 Prozent im Jahr 2005 auf 72 Prozent im Jahr 2025. Gleichzeitig leben wie auch in den Vorjahren in etwa 17 Prozent der Bevölkerung mit Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle, viele von ihnen sind nicht oder nur in geringem Umfang erwerbstätig. Um die Aufnahme oder Ausweitung einer Erwerbstätigkeit attraktiver zu machen, sollte der Staat entsprechende Anreize schaffen. Dazu könnten unter anderem die bisherige Grundsicherung, die Sozialhilfe, das Wohngeld und der Kinderzuschlag in einem einzigen, einheitlichen Leistungssystem zusammengeführt werden.

Die vergangenen Jahre waren von mehreren Krisen geprägt: der Corona-Pandemie mit einem starken Anstieg der Kurzarbeit, der Energiepreisinflation im Zuge des Kriegs in der Ukraine und der anhaltenden Schwächephase der deutschen Wirtschaft. Diese Ereignisse hatten auch Auswirkungen auf die Löhne und Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland und deren Verteilung.

Ziel dieses Berichts ist, die Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen und des Sparens nicht nur in Anbetracht der jüngsten Krisen zu beleuchten, sondern die längerfristige Entwicklung zu beschreiben. Hierzu wird der Zeitraum von 1995 bis 2025 herangezogen.[1] Die Daten kommen aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP),[2] einer repräsentativen jährlichen Befragung privater Haushalte, die in Zusammenarbeit mit *infas – Institut für angewandte Sozialwissenschaft* erhoben wird (Kasten).

Löhne sind wichtigste Einkommenskomponente des Haushaltsnettoeinkommens

Das Haushaltsnettoeinkommen der Privathaushalte setzt sich aus unterschiedlichen Komponenten zusammen, die hier im Einzelnen näher beschrieben werden. Dazu wird die Bevölkerung zunächst nach der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens sortiert und in zehn gleich große Gruppen, sogenannte Dezile, unterteilt. Das unterste (erste) Dezil beschreibt die Einkommenssituation der ärmsten zehn Prozent der Personen, das oberste (zehnte) Dezil die der reichsten zehn Prozent.

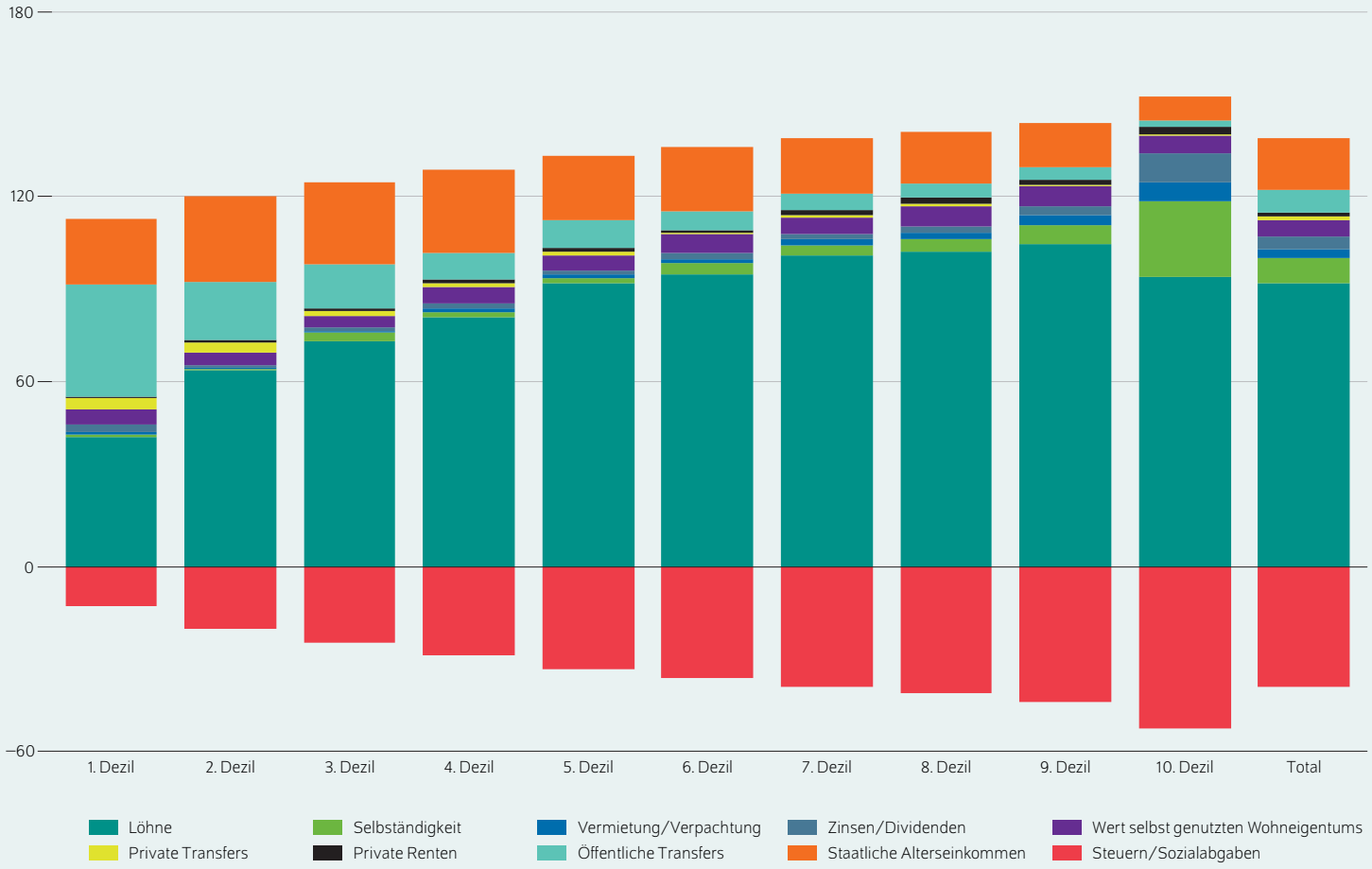
1 Das Jahr 1995 wurde als Startjahr gewählt, da zu diesem Zeitpunkt die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft nach der Wiedervereinigung weitgehend abgeschlossen war.

2 Das SOEP ist eine repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland durchgeführt wird. Vgl. Jan Goebel et al. (2019): The German Socio-Economic Panel (SOEP). Journal of Economics and Statistics, 239(29), 345–360 (online verfügbar; abgerufen am 5. November 2026. Dies gilt für alle Online-Quellen in diesem Bericht). Für die vorliegende Publikation wurden folgende Datenversionen genutzt: SOEP-Core v42, EU-Edition, 2026 (DOI: 10.5684/soep.core.v42eu), die IAB-SOEP-Migrationsstichproben (DOI: 10.5684/soep.iab-soep-mig.2025) und die IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter (DOI: 10.5684/soep.iab-bamf-soep-mig.2025).

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2026-47-1

Abbildung 1

Zusammensetzung der Einkommen nach Dezilen im Jahr 2024
Anteile am Haushaltsnettoeinkommen in Prozent



Anmerkungen: Personen in Privathaushalten. Jahreseinkommen wurden im Folgejahr erhoben und mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala bedarfsgewichtet. Werte über 100 Prozent für die Löhne ergeben sich daraus, dass es sich um Bruttolöhne handelt, von denen Sozialabgaben und direkte Steuern abgezogen werden. Das unterste (erste) Dezil beschreibt die Einkommenssituation der ärmsten zehn Prozent, das oberste (zehnte) Dezil die der reichsten zehn Prozent.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEPv42).

CC BY 4.0

Löhne und staatliche Transfers machen im ersten Dezil den größten Teil des Haushaltsnettoeinkommens aus.

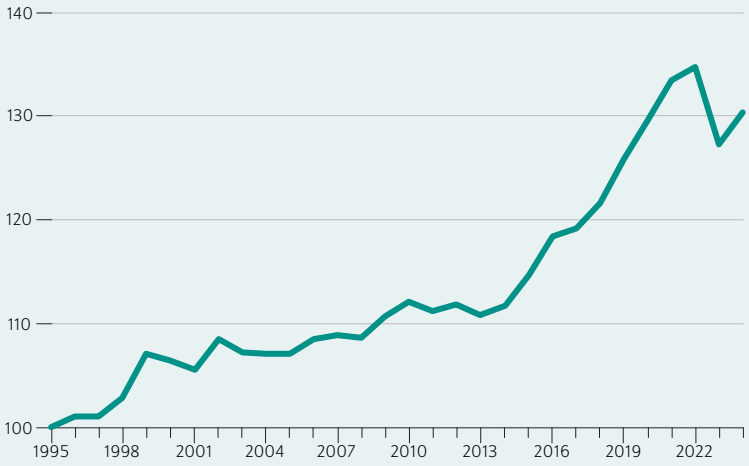
Die Zusammensetzung der Einkommen wird für das Jahr 2024 dargestellt, für das die derzeit aktuellsten Daten vorliegen (Abbildung 1). Ausgewiesen ist der jeweilige Anteil einer Einkommenskomponente am Haushaltsnettoeinkommen in Prozent. Danach ist ersichtlich, dass die Löhne über alle Dezile hinweg die größte Bedeutung haben. Im ersten Dezil beläuft sich dieser Anteil auf gut 42 Prozent und steigt kontinuierlich bis zum neunten Dezil auf einen Wert von knapp 105 Prozent.[3] Einkommen aus Selbstständigkeit haben insgesamt einen Anteil von rund acht Prozent. In der unteren Hälfte der Verteilung spielen diese kaum eine Rolle, während ihr Anteil im obersten Dezil bei fast einem Viertel liegt. Einnahmen aus Zinsen und Dividenden machen knapp vier Prozent der Haushaltsnettoeinkommen aus, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (abzüglich eventueller Betriebskosten) belaufen sich insgesamt auf rund drei Prozent. Beide Einkommensarten sind in den meisten Einkommensgruppen nur wenig bedeutend – im obersten Dezil steigen ihre Anteile jedoch deutlich auf gut neun beziehungsweise gut sechs Prozent.

Fiktive Einkommensvorteile durch selbst genutztes Wohneigentum oder verbilligt überlassenen Wohnraum machen in allen Einkommensgruppen relativ gleichmäßig etwas

3 Werte über 100 Prozent ergeben sich daraus, dass es sich bei den einzelnen Einkommenskomponenten um Bruttoeinkommen handelt, von denen noch Sozialabgaben und direkte Steuern abgezogen werden.

Abbildung 2

Reale bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen im Zeitverlauf
Indexiert, 1995 = 100



Anmerkungen: Reale Einkommen in Preisen des Jahres 2020. Personen in Privathaushalten. Jahreseinkommen wurden jeweils im Folgejahr erhoben und mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala bedarfsgewichtet.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEPv42).

CC BY 4.0

Die realen Haushaltsnettoeinkommen haben seit 1995 um durchschnittlich rund 30 Prozent zugenommen.

Kasten

Annahmen bei der Einkommensmessung

Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung zu vergleichen, wird gemäß internationaler Standards eine Umrechnung des gesamten Einkommens eines Haushalts in sogenannte bedarfsgewichte Einkommen (Äquivalenzeinkommen) vorgenommen. Dazu werden die Haushaltseinkommen unter Verwendung einer von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vorgeschlagenen und in Europa allgemein akzeptierten Skala umgerechnet: Jedem Haushaltsmitglied wird das so errechnete Äquivalenzeinkommen zugewiesen, unter der Annahme, dass alle Haushaltsmitglieder in gleicher Weise vom gemeinsamen Einkommen profitieren. Dabei erhält der Haushaltsvorstand ein Bedarfsgewicht von eins; weitere erwachsene Personen haben jeweils ein Gewicht von 0,5 und Kinder bis zu 14 Jahren ein Gewicht von 0,3.[1] Unterstellt wird also eine Kostendegression in größeren Haushalten.

Zur Messung der Haushaltsnettoeinkommen werden im SOEP zwei unterschiedliche Konzepte verwendet: Zum einen das Einkommen des letzten Monats und zum anderen das im Vorjahr bezogene Haushaltsnettoeinkommen. Ersteres hat den Vorteil der Konsistenz zwischen aktueller Haushaltsstruktur und erhaltenen Einkommen, dafür beschreibt dieses nur eine Momentaufnahme, denn im Jahresverlauf können sich Veränderungen der Einkommenssituation ergeben, zum Beispiel aufgrund saisonaler Arbeitslosigkeit oder unregelmäßig erhaltener Zahlungen wie Kapitaleinkünften. Diese Volatilität wird mit den Jahreseinkommen besser erfasst, da im SOEP detailliert nach verschiedenen im Vorjahr erhaltenen Einkommensarten gefragt wird.

1 Vgl. die Definition auf der Website von Eurostat (online verfügbar).

mehr als fünf Prozent der Haushaltsnettoeinkommen aus.[4] Sowohl privat erhaltene Transfers als auch private Renteneinkünfte haben über die Einkommensgruppen hinweg meist nur einen Anteil von jeweils weniger als 1,5 Prozent. Öffentliche Transfers wie Grundsicherung, Kindergeld oder Wohngeld finden sich primär in der unteren Hälfte der Verteilung mit einem Anteil von in der Spitze gut 36 Prozent im ersten Dezil. Staatliche Alterseinkommen machen im Durchschnitt 17 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens aus, wobei ihr Anteil in der unteren Hälfte der Verteilung höher ist als bei den höchsten Einkommen.

Um das Haushaltsnettoeinkommen zu erhalten, werden alle diese Einkommenskomponenten aufsummiert und davon die direkten Steuern und Sozialabgaben abgezogen. Im Durchschnitt belaufen sich diese auf 39 Prozent. Durch das progressive Steuersystem variiert die Belastung zwischen knapp 13 Prozent im ersten Dezil und gut 52 Prozent im obersten Dezil.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Relevanz einzelner Einkommenskomponenten verändert. Durch die zunehmende Zahl der Beschäftigten und einer steigenden Beschäftigungsquote ist der Anteil der Lohneinkommen um gut fünf Prozentpunkte geklettert. Einnahmen aus Zinsen und Dividenden stiegen um gut zwei Prozentpunkte. Der Anteil der Steuern und Sozialabgaben ist um 3,6 Prozentpunkte gewachsen, was insbesondere auf die gestiegene Abgabenquote bei sämtlichen Sozialversicherungsbeiträgen zurückzuführen ist. Alle anderen Einkommenskomponenten haben sich jeweils nur geringfügig verändert.

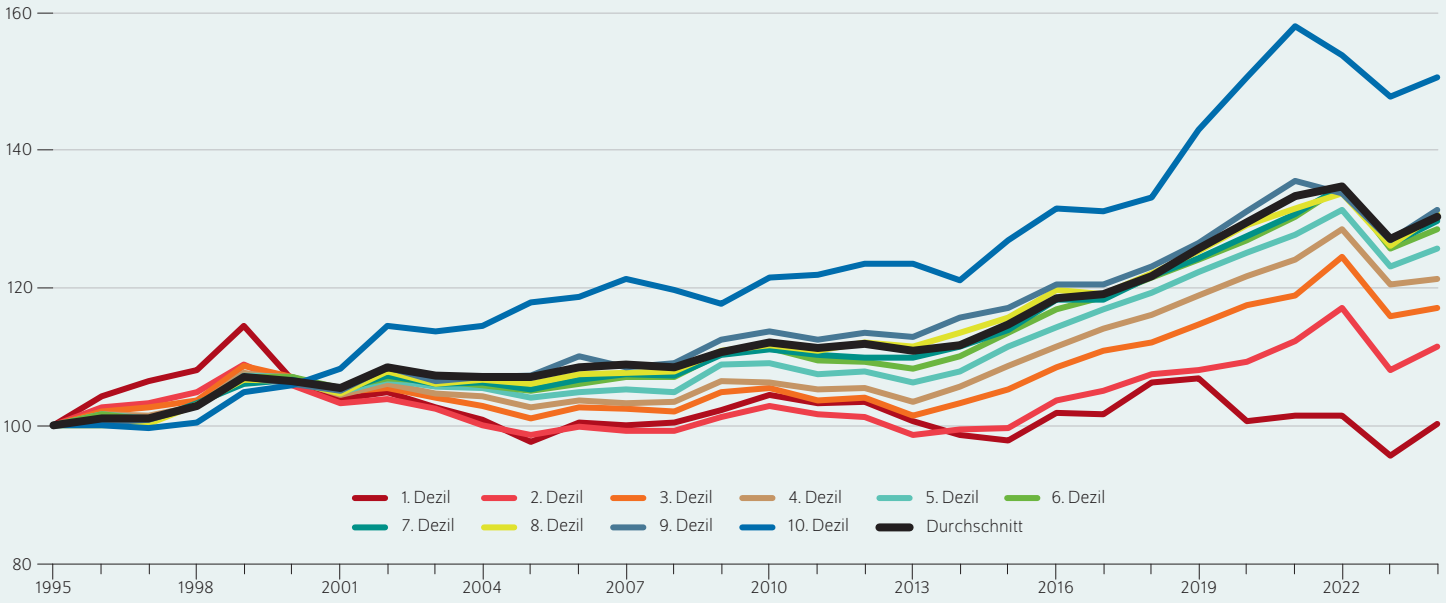
Haushaltsnettoeinkommen seit 1995 real um 30 Prozent gestiegen

Die realen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen sind seit Mitte der 1990er Jahre deutlich gestiegen (Abbildung 2). Um die prozentuale Entwicklung der Einkommen beschreiben zu können, wird ihr Wert für das Jahr 1995 auf 100 gesetzt. Demnach wuchsen die Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1995 und 2014 nur langsam, um insgesamt zwölf Prozent – dies entspricht jährlich rund 0,6 Prozent. Ab 2014 stiegen die Haushaltsnettoeinkommen dagegen deutlich stärker. Bis 2022 lagen sie preisbereinigt 35 Prozent über

4 Diese fiktiven Einkommen werden zum Haushaltsnettoeinkommen hinzugezählt, vgl. United Nations Economic Commission for Europe (2011): Canberra Group: Handbook on Household Income Statistics. Andere nichtmonetäre Einkommenskomponenten, zum Beispiel ein vom Arbeitgeber überlassener Dienstwagen, werden hier nicht berücksichtigt.

Abbildung 3

Reale bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen im Zeitverlauf nach Dezilen
Indexiert, 1995 = 100



Anmerkungen: Reale Einkommen in Preisen des Jahres 2020. Personen in Privathaushalten. Jahreseinkommen wurden jeweils im Folgejahr erhoben und mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala bedarfsgewichtet. Das unterste (erste) Dezil umfasst die einkommensärmsten zehn Prozent, das oberste (zehnte) Dezil die einkommensstärksten zehn Prozent.

Eine interaktive Version dieser Abbildung gibt es auf der Website des DIW Berlin: www.diw.de/einkommensverteilung2026

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEPv42).

CC BY 4.0

Die einkommensärmsten zehn Prozent der Haushalte haben inflationsbereinigt das gleiche Einkommen wie vor fast 30 Jahren.

dem Niveau von 1995. Im Zuge der stark gestiegenen Inflation, die im Jahr 2022 bei 6,9 Prozent lag, brachen die realen Haushaltsnettoeinkommen der Privathaushalte ein. Im Jahr 2024 erholten sie sich aber wieder. Alles in allem sind die Haushaltsnettoeinkommen damit zwischen 1995 und 2024 preisbereinigt um rund 30 Prozent gestiegen.

Einkommen der obersten zehn Prozent um die Hälfte höher als 1995

Der Durchschnitt allein zeigt nicht, wie sich die Einkommen in verschiedenen Einkommensgruppen entwickelt haben. Deshalb werden wiederum Dezile herangezogen. Für den Vergleich wird das Jahr 1995 jeweils als Ausgangswert auf 100 gesetzt (Abbildung 3). Insgesamt zeigt sich, dass die Einkommensschere zwischen ärmeren und einkommensstarken Personen auseinander geht. Der negative Effekt der stark gestiegenen Inflation auf die Haushaltsnettoeinkommen ist in allen Dezilen zu beobachten.[5] Im obersten Dezil summieren sich die realen Zuwächse bis zum Jahr 2024 auf 51 Prozent. In der Mitte der Verteilung, also im fünften Dezil, fällt der Zuwachs mit 26 Prozent nur etwa halb so groß aus. Im unteren Bereich der Verteilung schrumpfen die Zuwächse im dritten beziehungsweise zweiten Dezil auf 17 beziehungsweise zwölf Prozent. Im ersten Dezil zeigt sich in der Langfristbetrachtung sogar eine Stagnation.[6]

Im ersten Dezil schwanken die Werte über die Jahre besonders stark. Dies liegt unter anderem daran, dass sich die Zusammensetzung der Personen in dieser Gruppe verändert hat, aber auch an methodischen Effekten. So gibt es in Deutschland vor allem seit den Jahren ab 2015 eine zunehmende Zahl von Ausländer*innen. Geflüchtete sind in den ersten Jahren nach ihrer Ankunft häufig noch wenig in den Arbeitsmarkt integriert, was sich zum Beispiel durch Sprachprobleme erklären lässt.[7] Entsprechend finden sich Geflüchtete primär im ersten oder zweiten Einkommensdezil.

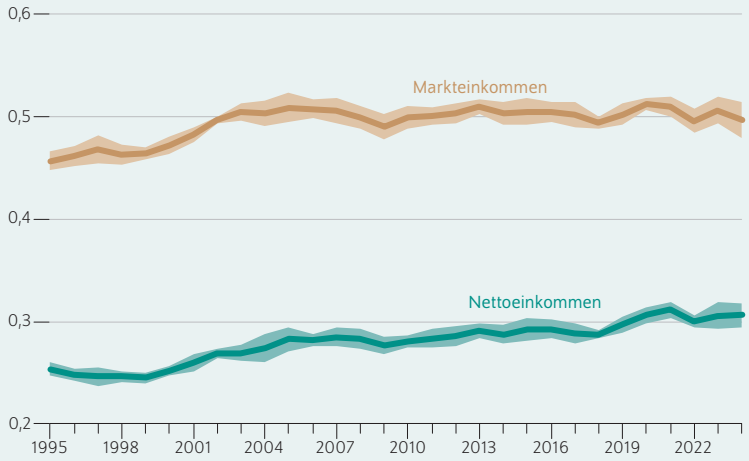
5 Im obersten Dezil fallen die Verluste relativ stark aus. Neben der Inflation scheinen realwirtschaftliche Veränderungen zu wirken, denn nach Angaben der Steuerstatistik ist beispielweise die veranlagte Einkommensteuer zwischen 2022 und 2023 um mehr als fünf Prozent gesunken, dies betrifft vor allem Steuerpflichtige mit hohen Einkommen im obersten Dezil. Vgl. Statistisches Bundesamt (2026): Steuereinnahmen: Deutschland, Jahre, Steuerarten vor der Steuerverteilung. Code: 71211-0001.

6 Bei der Interpretation einzelner Dezile ist zu beachten, dass Personen über die Zeit hinweg nicht ein und demselben Dezil angehören müssen, sondern in der Verteilung auf- oder absteigen können. Typisch für Personen im ersten Dezil ist der Bezug von Grundsicherungsleistungen.

7 Herbert Brücker, Philipp Jaschke und Yuliya Kosyakova (2025): 10 Jahre Fluchtmigration 2015. Haben wir es geschafft? Eine Analyse aus Sicht des Arbeitsmarktes. IAB-Kurzbericht 17/2025 (online verfügbar).

Abbildung 4

Ungleichheit der Haushaltsmarkt- und Haushaltsnettoeinkommen
Gini-Koeffizient auf einer Skala von 0 (absolute Gleichheit) bis 1 (absolute Ungleichheit)



Anmerkungen: Personen in Privathaushalten. Jahreseinkommen wurden jeweils im Folgejahr erhoben und mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala bedarfsgewichtet. Die schattierte Fläche gibt jeweils ein 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

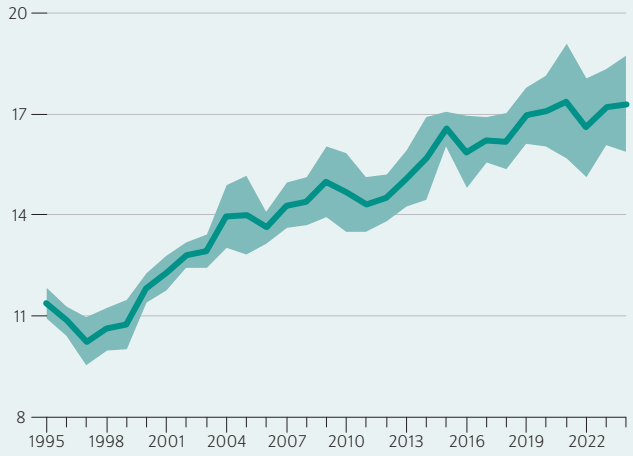
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEPv42).

CC BY 4.0

Die Ungleichheit der Haushaltsmarkteinkommen ist seit 20 Jahren nahezu unverändert.

Abbildung 5

Niedrigeinkommensquote[1]
Anteil in Prozent



1 Personen mit weniger als 60 Prozent des Medians der verfügbaren Einkommen. Auch Armutsrisikoquote genannt – da es sich um ein eindimensionales Maß handelt, das sich ausschließlich an der Höhe der Einkommen bemisst und zum Beispiel private Vermögen außer Acht lässt, ist Niedrigeinkommensquote aber der präzisere Begriff.

Anmerkungen: Personen in Privathaushalten. Jahreseinkommen wurden jeweils im Folgejahr erhoben und mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala bedarfsgewichtet.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEPv42).

CC BY 4.0

Der Anteil der Niedrigeinkommensbezieher*innen hat sich seit 2019 bei rund 17 Prozent stabilisiert.

Auch methodisch bedingt kommt es zu Schwankungen im ersten Dezil, da Ausländer*innen nicht unmittelbar nach ihrem Zuzug im SOEP befragt werden können. Wiederholte Sonderstichproben sorgen aber dafür, dass Geflüchtete zeitversetzt in diese Statistiken einfließen. Dies zeigt sich beispielhaft für das Jahr 2023, in dem eine größere Stichprobe von unter anderem ukrainischen Geflüchteten in das SOEP aufgenommen wurde und dadurch die Einkommen im ersten Dezil zurückgegangen sein dürften.

Ungleichheit der Haushaltsmarkteinkommen seit 2005 unverändert

Ein Standardmaß, um die Einkommensungleichheit zu messen, ist der Gini-Koeffizient.[8] Je größer der Wert zwischen 0 und 1, desto höher ist die gemessene Ungleichheit. In diesem Bericht wird die Ungleichheit anhand von zwei Einkommenskonzepten dargestellt: Haushaltsmarkteinkommen[9] und Haushaltsnettoeinkommen (Abbildung 4). Für beide Einkommenskonzepte gilt, dass die Einkommensungleichheit von 1995 bis 2005 zugenommen hat. So stieg der Gini-Koeffizient für die Haushaltsmarkteinkommen in diesem Zeitraum von 0,46 auf 0,51. Seitdem stagniert die Ungleichheit unter leichten Schwankungen auf diesem Niveau.

Die Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen ist deutlich niedriger als die der Markteinkommen. Dies ist das Ergebnis der Umverteilung durch das Steuer- und Transfersystem. So lag der Gini-Koeffizient der Haushaltsnettoeinkommen zuletzt im Jahr 2024 bei 0,31 und hat sich damit seit 2020 kaum verändert.

Armutsrisiko stagniert

Um die Situation von Menschen mit niedrigen Haushaltsnettoeinkommen zu untersuchen, wird in der Sozialberichterstattung häufig das Armutsrisiko herangezogen, auch Niedrigeinkommensquote genannt. Die Armutsrisikoquote ist ein Maß zur Beschreibung der Einkommensverteilung. Es beschreibt den Anteil der Personen, die weniger als 60 Prozent des Medians – also des Werts genau in der Mitte der Einkommensverteilung – des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens zur Verfügung haben. Auf Basis der SOEP-Daten lag der Schwellenwert im Jahr 2024 für einen Einpersonenhaushalt bei nominal 1560 Euro netto pro Monat.[10]

8 Vgl. auch den Begriff Gini-Koeffizient im Online-Glossar auf der Website des DIW Berlin (online verfügbar).

9 Die Markteinkommen setzen sich aus den Erwerbseinkommen, den Kapitaleinkommen, erhaltenen privaten Transfers und privaten Renteneinkünften zusammen.

10 Die Armutsrisikoquote ist ein rein eindimensionales Maß, da es sich ausschließlich an der Höhe des Einkommens bemisst und somit Aspekte wie das private Vermögen unberücksichtigt bleiben. Daher wird hier präziser auch von der Niedrigeinkommensquote gesprochen.

Tabelle

Einkommenssituation von Haushaltstypen in Deutschland nach Wohnstatus im Jahr 2024

	Personen in Privathaushalten (Anzahl)		Bevölkerungsanteile (in Prozent)		Einkommensposition nach bedarfsgewichtetem Einkommen (100 = Durchschnitt)		Monatliches Haushaltsnettoeinkommen ohne Bedarfsgewichtung (in Euro)	
	Eigentümer*innen	Mieter*innen	Eigentümer*innen	Mieter*innen	Eigentümer*innen	Mieter*innen	Eigentümer*innen	Mieter*innen
Einpersonenhaushalt bis einschließlich 35 Jahre	165 908	3 655 756	0,2	4,4	100	73	2 678	2 100
Einpersonenhaushalt 36 bis unter 60 Jahre	1 232 029	4 067 218	1,5	4,9	136	87	3 667	2 528
Einpersonenhaushalt 60 Jahre und älter	3 410 344	5 306 295	4,1	6,4	112	70	2 830	1 985
Paarhaushalt bis 60 Jahre ohne Kinder	3 740 387	6 774 157	4,5	8,2	163	112	6 786	4 915
Paarhaushalt 60 Jahre und älter ohne Kinder	8 112 100	3 752 668	9,8	4,5	116	75	4 522	3 189
Alleinerziehende mit einem Kind	703 747	1 921 270	0,9	2,3	103	79	4 138	3 296
Alleinerziehende mit zwei und mehr Kindern	830 188	1 874 371	1,0	2,3	81	54	4 409	3 130
Paarhaushalt mit einem Kind	5 954 489	4 457 670	7,2	5,4	127	108	6 668	5 820
Paarhaushalt mit zwei Kindern	7 801 035	4 629 774	9,5	5,6	115	80	7 275	5 134
Paarhaushalt mit drei und mehr Kindern	3 075 733	3 550 789	3,7	4,3	106	66	8 144	5 405
Sonstige Haushalte	2 221 893	3 718 862	2,7	4,5	110	71	6 421	4 326
Untergruppe total	37 247 853	43 708 830	45,1	53,0	120	83	5 880	3 911
Total	82 507 762		100		100		4 822	

Anmerkungen: Personen in Privathaushalten. Jahreseinkommen wurden im Folgejahr erhoben, durch zwölf dividiert (um Monatseinkommen zu erhalten) und mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala bedarfsgewichtet. Bevölkerungsanteile summieren sich aufgrund fehlender Antworten zum Haushaltstyp nicht auf 100.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEPv42).

CC BY 4.0

Die Niedrigeinkommensquote erreichte in der 30-Jahre-Betrachtung mit rund zehn Prozent im Jahr 1997 ihren Tiefststand (Abbildung 5). Seitdem ist sie bis 2019 auf den bisherigen Höchststand von etwas mehr als 17 Prozent gewachsen. Dies ist auch auf die starke Zuwanderung nach Deutschland zurückzuführen: Zwischen 2010 und 2025 hat sich die Zahl der Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit von 6,7 Millionen auf gut 14 Millionen mehr als verdoppelt. Da Migrant*innen nach Ankunft in Deutschland mit Sprachproblemen oder der Anerkennung von Berufsabschlüssen zu kämpfen haben, liegen deren Erwerbsquoten unter denen der deutschen Bevölkerung – dementsprechend häufig sind sie auf öffentliche Transfers angewiesen. Die Haushaltsnettoeinkommen dieser Menschen fallen daher gering aus. In den letzten sechs Jahren bis 2024 stagniert die Niedrigeinkommensquote bei etwa 17 Prozent.

Paarhaushalte ohne Kinder haben die höchste relative Einkommensposition

Im Folgenden wird die Einkommenssituation nach Haushaltstyp analysiert. Es werden elf verschiedene Haushaltstypen unterschieden: Einpersonenhaushalte, die nach Alter unterteilt werden, Paarhaushalte ohne Kinder differenziert nach jüngeren und älteren Haushaltsmitgliedern (Haushaltsmitglieder jünger beziehungsweise älter als 60 Jahre), Alleinerziehende beziehungsweise Paarhaushalte mit Kindern differenziert nach der Zahl der Kinder im Haushalt, und abschließend sonstige Haushalte (unter anderem Mehrgenerationenhaushalte). Zudem werden die Haushaltstypen nach dem Eigentümerstatus unterschieden.

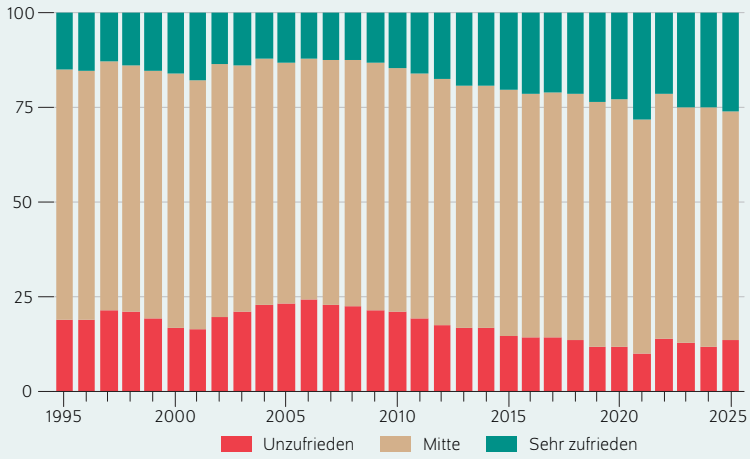
Im Jahr 2024 lebten in Deutschland rund 82,5 Millionen Menschen in Privathaushalten (Tabelle). Etwas mehr als 45 Prozent von ihnen wohnen in selbstgenutztem Immobilieneigentum, 53 Prozent zur Miete. Rund 22 Prozent aller Menschen leben in Einpersonenhaushalten. Unter diesen ist die Mehrheit Mieter*innen (knapp 16 Prozent). Paarhaushalte ohne Kinder machen insgesamt 27 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Unter den jüngeren Haushalten wohnen diese mehrheitlich zur Miete, die älteren hingegen leben mehrheitlich in der eigenen Immobilie. Alleinerziehende haben einen Bevölkerungsanteil von 6,5 Prozent, mehr als zwei Drittel von ihnen wohnten 2024 zur Miete. Paarhaushalte mit Kindern machen knapp 36 Prozent der Bevölkerung aus, mehrheitlich leben diese in selbstgenutztem Wohneigentum. Die sonstigen Haushalte bringen es auf einen Bevölkerungsanteil von gut sieben Prozent.

Im nächsten Schritt wird die relative Einkommensposition der Haushalte betrachtet. Diese ergibt sich aus dem Einkommen eines Haushaltstyps im Verhältnis zum bedarfsgewichteten Durchschnittseinkommen der gesamten Bevölkerung. Werte unter (über) 100 geben eine unterdurchschnittliche (überdurchschnittliche) Einkommensposition an.

Generell zeigt sich, dass Menschen in selbstgenutztem Wohneigentum eine überdurchschnittliche Einkommens-

Abbildung 6

Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen
Bevölkerungsanteile in Prozent



Anmerkungen: Personen in Privathaushalten. Zufriedenheit gemessen auf einer Skala von null („ganz und gar unzufrieden") bis zehn („ganz und gar zufrieden"). Unzufriedene geben Werte von null bis vier an, die mittlere Gruppe Werte von fünf bis acht und die sehr Zufriedenen Werte von neun und zehn.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEPv42).

CC BY 4.0

Der Anteil der mit ihrem Haushaltseinkommen sehr Zufriedenen ist im Laufe der Jahre deutlich gestiegen.

position aufweisen (120 Prozent) – mit Ausnahme der Alleinerziehenden mit zwei oder mehr Kindern. Die höchste relative Einkommensposition nehmen die Paarhaushalte ohne Kinder im selbstgenutzten Wohneigentum mit einem Wert von 163 ein, gefolgt von Einpersonenhaushalten im Alter von 36 bis unter 60 Jahren mit Wohneigentum (136) und Paarhaushalten mit einem Kind und Wohneigentum (127).

Personen in Mieterhaushalten haben insgesamt eine unterdurchschnittliche relative Einkommensposition (83). Lediglich Paarhaushalte mit einem Kind und Paarhaushalte bis 60 Jahre ohne Kinder schneiden mit Werten von 108 beziehungsweise 112 besser ab. Besonders niedrig ist unter Mieterhaushalten die Einkommensposition von Alleinerziehenden mit zwei oder mehr Kindern (54) und von Paarhaushalten mit drei oder mehr Kindern (66). Gerade diese Haushaltstypen sind auch diejenigen mit einem erhöhten Armutsrisiko.

Die Bedarfsgewichtung berücksichtigt Unterschiede in der Größe und Zusammensetzung der Haushalte und ermöglicht so einen Vergleich ihres Lebensstandards. Im Gegensatz dazu beschreibt das Einkommen ohne Bedarfsgewichtung die Gesamtheit der Einkommen aller Haushaltsmitglieder, ignoriert aber, wie viele Personen von diesem Geld leben müssen. Der Vorteil von letzterem ist, dass dieses Einkommen den Menschen allgemein bekannt ist. Daher wird auch das monatliche Haushaltsnettoeinkommen ohne Bedarfsgewichtung ausgewiesen. Über alle Personen hinweg wurde im Jahr 2024 ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von durchschnittlich gut 4800 Euro erzielt. Personen in Eigentümerhaushalten haben mit knapp 5900 Euro überdurchschnittliche Einkommen. An der Spitze liegen die Paarhaushalte mit drei oder mehr Kindern und Wohneigentum mit einem Nettoeinkommen von etwa 8100 Euro, gefolgt von den Paarhaushalten mit zwei Kindern und Wohneigentum (rund 7300 Euro). Am unteren Ende finden sich junge Einpersonenhaushalte bis 35 Jahre, die als Eigentümer*in mit etwa 2700 Euro pro Monat auskommen müssen, beziehungsweise als Mieter*in mit 2100 Euro. Mit weniger als 2000 Euro im Monat haben alleinlebende Mieter*innen ab 60 Jahren die niedrigsten Haushaltsnettoeinkommen.

Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen langfristig gestiegen

Die objektive Entwicklung der inflationsbereinigten Haushaltsnettoeinkommen zeigt einen deutlichen, aber ungleich verteilten Zuwachs. Fraglich ist, wie die subjektive Bewertung ausfällt. Das ist insofern relevant, da negative Erfahrungen wie die sehr hohe Inflation in den Jahren 2022 und 2023 stark in Erinnerung geblieben sein und sich negativ auf die Zufriedenheit ausgewirkt haben könnten.[11] Im SOEP wird die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen auf einer Skala von null („ganz und gar unzufrieden") bis zehn („ganz und gar zufrieden") erfasst. Für die Auswertung werden die Antworten in drei Gruppen eingeteilt: Unzufriedene (Werte von null bis vier), eine mittlere Gruppe (Werte von fünf bis acht) und die sehr Zufriedenen (Werte von neun und zehn).

Die Aufteilung der Bevölkerung in diese drei Gruppen hat sich im Zeitraum von 1995 bis 2003 nur wenig verändert (Abbildung 6). Seitdem haben die Anteile der Unzufriedenen und der mittleren Gruppe um 7,5 beziehungsweise knapp fünf Prozentpunkte abgenommen. Im Gegenzug ist der Anteil der sehr Zufriedenen um gut zwölf Prozentpunkte gestiegen. Am aktuellen Rand sind knapp 14 Prozent der Befragten sehr unzufrieden mit ihrem Haushaltseinkommen. Mit gut 60 Prozent ordnet sich die Mehrheit der Mitte zu und mehr als ein Viertel (gut 26 Prozent) ist sogar sehr zufrieden.[12] Die hohe Inflation scheint die Zufriedenheit nur kurzfristig, nämlich im Jahr 2022, gesenkt zu haben, seitdem steigt sie wieder – liegt aber nach wie vor nicht auf dem Niveau von 2021. Damit zeigen sowohl die objektiven Daten als auch die subjektive Zufriedenheit mit dem Einkommen über die lange Frist eine vergleichbare Tendenz: insgesamt steigende Realeinkommen bei gleichzeitig zunehmender Zufriedenheit.[13]

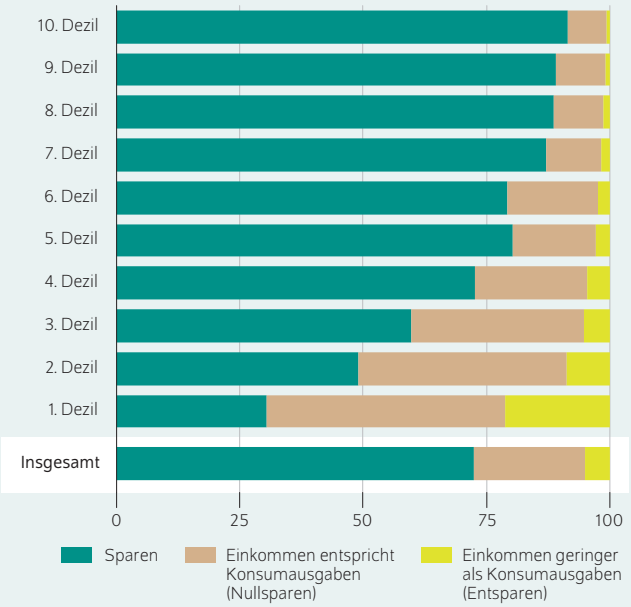
11 So wird die Inflation individuell deutlich höher eingeschätzt als die objektiv gemessene und somit die eigene Kaufkraft geringer eingeschätzt, vgl. Jan Behringer und Lukas Endres (2026): Gefühlte Kaufkraftverluste belasten privaten Konsum und Vertrauen in die Regierung. IMK Policy Brief Nr. 218, Juli (online verfügbar).

12 Unterteilt man die drei Gruppen zusätzlich nach Einkommensdezilen, so fällt der Rückgang der Unzufriedenen zwischen 2004 und 2024 am unteren Rand der Verteilung am stärksten aus. Gleichzeitig berichten die Menschen in der oberen Hälfte der Einkommensverteilung deutlich häufiger, „sehr zufrieden" mit dem eigenen Haushaltseinkommen zu sein.

13 Analysen zeigen zudem, dass Menschen zwischen den Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und der eigenen wirtschaftlichen Lage unterscheiden, wobei letztere im Durchschnitt oft deutlich besser eingeschätzt wird. Vgl. Carsten Schröder et al. (2020): Erwerbstätige sind vor dem Covid-19-Virus nicht alle gleich. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research Nr. 1080 (online verfügbar).

Abbildung 7

Sparverhalten nach Einkommensdezilen im Jahr 2025
Anteile in Prozent



Anmerkungen: Personen in Privathaushalten. Die Sparquote basiert auf dem aktuellen Haushaltsnettoeinkommen unter Berücksichtigung des Entsparens (Unterstützung durch Dritte, Aufbrauchen vorhandener Ersparnisse oder Verschuldung). Das unterste (erste) Dezil umfasst die einkommensärmsten zehn Prozent, das oberste (zehnte) Dezil die einkommensstärksten zehn Prozent.

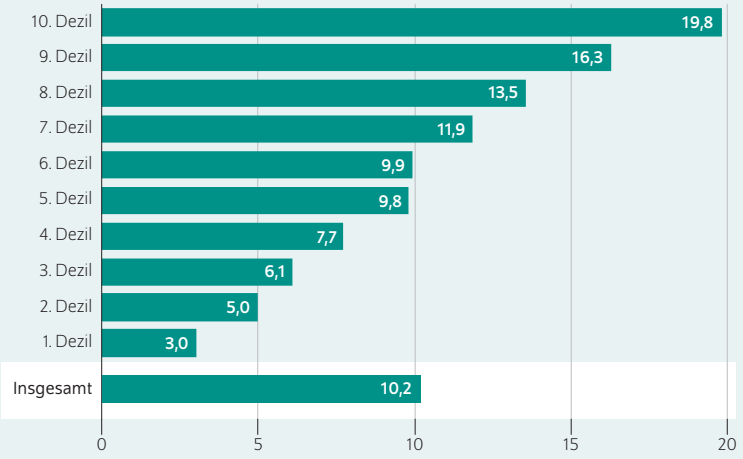
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEPv42).

CC BY 4.0

Je höher das Einkommen, desto größer der Anteil der Sparer*innen.

Abbildung 8

Sparquote nach Einkommensdezilen im Jahr 2025
In Prozent



Anmerkungen: Personen in Privathaushalten. Die Sparquote basiert auf dem aktuellen Haushaltsnettoeinkommen unter Berücksichtigung des Entsparens (Unterstützung durch Dritte, Aufbrauchen vorhandener Ersparnisse oder Verschuldung). Das unterste (erste) Dezil umfasst die einkommensärmsten zehn Prozent, das oberste (zehnte) Dezil die einkommensstärksten zehn Prozent.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEPv42).

CC BY 4.0

Die einkommensstärksten zehn Prozent legen fast ein Fünftel ihres Einkommens auf die hohe Kante.

Gut 70 Prozent der Bevölkerung sparen regelmäßig

Je höher das Nettoeinkommen, desto mehr Freiheiten hat eine Person, ihren Konsum je nach Präferenz auszuweiten oder zu sparen.[14] Dabei werden drei Gruppen unterschieden: erstens Personen, deren Einkommen höher ist als ihre Konsumausgaben (Sparer*innen), zweitens Personen, deren Einkommen und Konsumausgaben gleich hoch sind (Nullsparer*innen) und drittens Personen, deren Einkommen niedriger ist als ihre Konsumausgaben (Entsparer*innen). Um ihre Ausgaben zu decken, greifen Entsparer*innen auf finanzielle Unterstützung durch Dritte zurück, brauchen vorhandene Ersparnisse auf oder verschulden sich.

Im Jahr 2025 sparten nach eigenen Angaben etwa 72 Prozent der Bevölkerung, rund 23 Prozent zählten zu den Nullsparer*innen und fünf Prozent zu den Entsparer*innen (Abbildung 7). Über die Einkommensverteilung hinweg variiert die Größe der drei Gruppen. Im obersten Dezil sind knapp 92 Prozent in der Lage zu sparen, während dieser Anteil bis zum ersten Dezil kontinuierlich auf rund 31 Prozent sinkt. Das erste Dezil wird dominiert von der Gruppe der Nullsparer*innen (gut 48 Prozent), etwas mehr als 21 Prozent dieser Einkommensgruppe entsparen sogar. Etwa ab der Mitte der Verteilung spielt Entsparen faktisch keine Rolle. Immerhin knapp acht Prozent aus dem obersten Einkommensdezil geben genauso viel aus wie sie an Einkünften erzielen.

Langfristig ist der Anteil der Sparer*innen in Deutschland gestiegen.[15] Seit dem Tiefstand im Jahr 2005 ist er von 57 Prozent der Bevölkerung bis 2025 um 15 Prozentpunkte auf 72 Prozent gestiegen. Dies passt zum eingangs beschriebenen Anstieg der realen Haushaltsnettoeinkommen: Mehr Menschen können sich einen höheren Konsum leisten oder alternativ sparen.

14 Im SOEP lautet die Frage zum Sparen wie folgt: „Bleibt Ihnen in der Regel monatlich ein gewisser Betrag übrig, den Sie sparen oder zurücklegen können, etwa für größere Anschaffungen, für Notlagen oder zur Vermögensbildung?" Das Ergebnis auf Grundlage dieser Frage korrespondiert im Trend mit der Sparquote aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Mit Blick auf das SOEP ist zu beachten, dass sowohl das Sparen in Form der Tilgung eines Hypothekenkredits als auch die Bedienung regelmäßiger Sparpläne nicht durch die Sparfrage erfasst sein dürften. Die im SOEP gemessene Sparquote dürfte also höher ausfallen, wenn diese Aspekte berücksichtigt würden.

15 Einen vergleichbaren Befund berichtet auch die Deutsche Bundesbank (2025): Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2023. Monatsbericht April 2025, 31–80 (online verfügbar).

Sparquote liegt bei gut zehn Prozent

Die durchschnittliche Sparquote lag auf Grundlage der SOEP-Daten im Jahr 2025 bei 10,2 Prozent.[16] Erwartungsgemäß steigt die Sparquote mit zunehmendem Einkommen (Abbildung 8): Im untersten Einkommensdezil beläuft sich die durchschnittliche Sparquote auf gerade einmal drei Prozent und steigt kontinuierlich an. In der Mitte der Verteilung liegt die Quote bereits bei rund zehn Prozent und erreicht im obersten Dezil knapp 20 Prozent, was im Durchschnitt einer Sparrate von gut 1800 Euro pro Monat entspricht.

Fazit: Arbeitsanreize für Bezieher*innen niedriger Einkommen schaffen

Die bedarfsgewichteten realen Haushaltsnettoeinkommen sind seit 1995 trotz der sehr hohen Inflation in den Jahren 2022 und 2023 im Schnitt um 30 Prozent gewachsen. Über die Einkommensverteilung hinweg fällt die Veränderung aber unterschiedlich aus. Während die Einkommen im ersten Dezil stagnieren, sind sie in der Mitte der Verteilung um etwa ein Viertel gestiegen, am oberen Ende sogar um mehr als 50 Prozent. Damit hat die Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen in der langen Frist zugenommen. Dennoch sind die Menschen mit ihrem Haushaltseinkommen heute zufriedener als früher, auch in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung. Insgesamt ist immerhin gut ein Viertel sogar sehr zufrieden. Auch der Anteil der Menschen, die in der Lage sind zu sparen, hat langfristig zugenommen. Konnten 2005 nur 57 Prozent regelmäßig Geld zur Seite legen, ist dieser Wert bis 2025 auf 72 Prozent gestiegen.

Problematisch ist, dass mit 17 Prozent ein relativ großer Teil der Bevölkerung ein Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle hat. Diese Personen haben weniger Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Besonders häufig betroffen sind Alleinlebende und Alleinerziehende.[17]

Zu den Ursachen niedriger Einkommen gehören unter anderem Erwerbslosigkeit und eine geringe Zahl an Arbeitsstunden. Von staatlicher Seite sollten Anreize so gesetzt werden, dass eine Aufnahme beziehungsweise Ausweitung der Erwerbstätigkeit attraktiv wird. Dies könnte unter anderem durch eine Zusammenlegung der bisherigen Grundsicherung (Bürgergeld), der Sozialhilfe, des Wohngelds und des Kinderzuschlags in ein einziges, einheitliches Leistungssystem geschehen.[18]

16 Dies korrespondiert mit Angaben des Statistischen Bundesamtes, das für das Jahr 2025 eine Sparquote von 10,3 Prozent ausweist, vgl. Statistisches Bundesamt (2025): Sparquote in Deutschland mit 10,3 Prozent im ersten Halbjahr 2025 leicht unter Vorjahresniveau. Pressemitteilung vom 28. Oktober (online verfügbar). Bei der Berechnung der Sparquote im SOEP wird auch das Entsparen berücksichtigt.

17 Vgl. Gemeinsames Statistikportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder: Armutsgefährdungsquoten (online verfügbar).

18 Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2023): Reform der Grundsicherung. Gutachten 05/2023 (online verfügbar).

Markus M. Grabka ist Wissenschaftler im Geschäftsbereich der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin | mgrabka@diw.de

JEL: D31, I31, I32

Keywords: Household Income, poverty, inequality, saving, satisfaction, SOEP

Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/



INTERVIEW

„Die Zufriedenheit mit dem Haushaltsnettoeinkommen ist gestiegen“

Markus M. Grabka, Wissenschaftler im Geschäftsbereich der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin

1. **Herr Grabka, die vergangenen Jahre sind durch mehrere Krisen gekennzeichnet. Wie haben sich vor diesem Hintergrund die Haushaltsnettoeinkommen der Privathaushalte entwickelt?** Die mit Blick auf die Haushaltsnettoeinkommen größte Krise der vergangenen Jahre war der Krieg in der Ukraine und die daraus folgende hohe Inflation in den Jahren 2022/23. Die damaligen Inflationsraten von mehr als acht Prozent haben zu einem Rückgang der realen Haushaltsnettoeinkommen geführt. Ungeachtet dessen sind die realen Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland in der langen Frist deutlich gewachsen, und zwar um etwa 30 Prozent im Vergleich zum Jahr 1995.

2. **Welche Einkommensgruppen haben von diesen Zuwächsen profitiert?** Wenn man die Bevölkerung nach der Höhe der Einkommen sortiert und in zehn gleich große Gruppen aufteilt, zeigt sich, dass die Einkommen der reichsten zehn Prozent um etwa 50 Prozent gestiegen sind. In der Mitte liegt der Zuwachs bei rund 25 Prozent, während die realen Haushaltsnettoeinkommen am unteren Rand der Verteilung unverändert geblieben sind.

3. **Hat die Einkommensungleichheit also zugenommen?** Über den 30-Jahres-Zeitraum insgesamt ja. Das Bild ändert sich aber, je nachdem welches Einkommenskonzept und welchen Unterzeitraum man betrachtet. Bei den Haushaltsmarkteinkommen, also den Einkommen, die ohne staatliche Umverteilung direkt am Markt erzielt werden, ist die Ungleichheit gemessen am sogenannten Gini-Koeffizienten seit über 20 Jahren unverändert geblieben. Im Gegensatz dazu ist die Ungleichheit bei den Haushaltsnettoeinkommen zumindest im Zeitraum von 1999 bis 2010 gewachsen. In den letzten sieben Jahren blieb die Einkommensungleichheit aber auch hier weitgehend unverändert.

4. **Wie steht es um die subjektive Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen?** Die entwickelt sich überraschend positiv: Unsere Zahlen deuten darauf hin, dass sich der Anteil der sehr Zufriedenen in den letzten 20 Jahren verdoppelt hat. Im Jahr 2005 haben noch etwa 13 Prozent der Befragten berichtet, dass sie mit ihrem Haushaltsnettoeinkommen sehr zufrieden sind, aktuell sind es 26 Prozent. Tatsächlich beobachten wir, dass auch die Menschen am unteren Rand der Einkommensverteilung insgesamt etwas zufriedener mit ihrem Haushaltsnettoeinkommen geworden sind.

5. **Inwieweit spiegelt sich der Anstieg der Haushaltseinkommen in der Sparquote wider?** Erfreulicherweise hat der Anteil der Sparer*innen in Deutschland über die letzten 20 Jahre deutlich zugenommen. Der Anteil der Menschen, die berichten, dass sie in der Lage und auch willens sind zu sparen, ist von 57 Prozent auf aktuell 72 Prozent gestiegen. Dabei beträgt die Sparquote im Schnitt etwa zehn Prozent. Am oberen Rand fällt die Sparquote mit etwa 20 Prozent natürlich deutlich höher aus. Diese Menschen können im Schnitt etwa 1800 Euro pro Monat zur Seite legen.

6. **Was könnte getan werden, um der Ungleichheit der Haushaltseinkommen in Deutschland entgegenzuwirken?** Da sollte man natürlich an den Ursachen ansetzen, vor allen Dingen an dem Problem, dass es in Deutschland im unteren Bereich der Einkommensverteilung an Arbeitsanreizen fehlt. Hier könnte man, wie es auch der Wissenschaftliche Beirat des Bundesfinanzministeriums empfohlen hat, über eine Zusammenlegung von Grundsicherungsleistungen, also der üblichen Grundsicherung, aber auch des Kindergeldes und des Kinderzuschlags einschließlich des Wohngeldes, nachdenken. Das würde deutliche Arbeitsanreize schaffen, denn derzeit hat man bei einer Ausweitung der Arbeitszeit teilweise sogar real netto weniger zur Verfügung. Das wäre eine Stellschraube, um die Situation von Bezieher*innen unterer Einkommen deutlich zu verbessern.

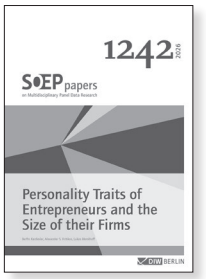
Das Gespräch führte Erich Wittenberg.

Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf **www.diw.de/interview**

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2026-47-2

SOEP Papers Nr. 1242
2026 | Berfin Kardaslar, Alexander S. Kritikos, Lukas Menkhoff

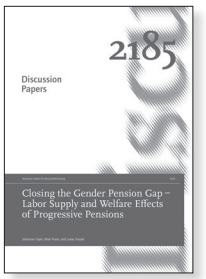


Personality Traits of Entrepreneurs and the Size of their Firms

In this study, we examine the relationship between personality traits, captured by risk tolerance and the Big Five traits, and firm size, as measured by the number of employees. We show that the personality of entrepreneurs matters for the size of their firm they operate. We use a novel add-on to the German Socio-Economic Panel that includes a sub-sample of owner-managers running larger firms. High levels of risk tolerance – associated with an increased likelihood of firm exit in existing research – is positively associated with firm size for entrepreneurs in the market. High scores in extraversion are also associated with larger firms. However, a high level of openness for experience, a main driver of founding ventures, is negatively related to firm size. Overall, we show that running larger firms is associated with traits that are partially different from those that increase the likelihood of entrepreneurial entry or survival.

www.diw.de/publikationen/soeppapers

Discussion Papers Nr. 2185
2026 | Johannes Geyer, Peter Haan, Lukas Harder

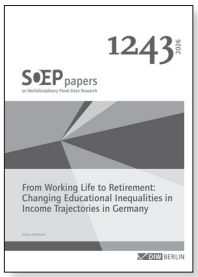


Closing the Gender Pension Gap – Labor Supply and Welfare Effects of Progressive Pensions

Progressive pension supplements mechanically reduce the gender pension gap because women receive lower pensions on average. However, labor supply responses may offset these gains and create fiscal externalities. Using German administrative data, we analyze the distributional and welfare effects of a progressive pension supplement. We find no labor supply responses during working life, but small effects on women's employment and earnings in retirement. The supplement reduces the gender income gap by about two percent, with sizable heterogeneity across pension levels. The marginal value of public funds is 0.83. Means-testing based on household income improves welfare even with low redistributive preferences.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

SOEP Papers Nr. 1243
2026 | Jessica Ordemann

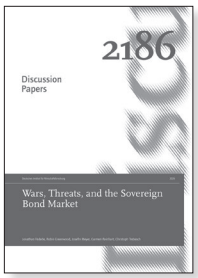


From Working Life to Retirement: Changing Educational Inequalities in Income Trajectories in Germany

Previous literature has mainly focused on either income trajectories of higher education graduates in working life or in retirement. This paper advances this literature by investigating the inequalities of income trajectories at the transition into retirement and compare the trajectories to other educational graduates for the case of Germany. While cumulative advantage theory suggests that education-based income inequalities widen throughout working life, the institutional design of the German pension system fundamentally alters these trajectories. Using data from 1,741 (11,740 observations) baby boomers from the German Socio-Economic Panel Study (SOEP) I combine descriptive income trajectories with fixed effects regression and replacement rate analysis. I find a stratified pattern by educational degree in pre- and post-retirement income. However, income inequality by education degree is more pronounced during work life than in retirement: At the transition into retirement income differences are compressed relative to pre-retirement disparities. This compression operates through heterogeneous replacement rates. Higher educated individuals have lower replacement rates than the rest of the educational groups. Germany's contribution-capped statutory pension system therefore constitutes a structurally induced erosion of the income advantage that higher education generates over a working lifetime.

www.diw.de/publikationen/soeppapers

Discussion Papers Nr. 2186
2026 | Jonathan Federle, Robin Greenwood, Josefin Meyer, Carmen Reinhart, Christoph Trebesch



Wars, Threats, and the Sovereign Bond Market

We study how wars and military threats affect financial markets. Leveraging more than 300,000 monthly price observations since 1822, we create an external currency bond index for more than 90 countries—the EXBI. Using the EXBI, we document large effects of wars on returns and borrowing costs. In a global external bond portfolio, a one-standard-deviation war shock lowers returns by five percentage points. At the country level, wars at home generate sharp losses and increase default risk. Military threats depress bond prices in threatened states, but not in threatening ones, highlighting their role as a channel for geoeconomic coercion.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



CLAUDIA KEMFERT

Weltklimakonferenzen sind besser als ihr Ruf

Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Die Weltklimakonferenzen haben die Erderwärmung bislang nicht gestoppt. Die globalen Emissionen sind weiterhin viel zu hoch, die Klimaschäden nehmen zu, und zwischen politischen Zusagen und tatsächlichem Handeln klafft eine erhebliche Lücke. Ist der internationale Klimaprozess also gescheitert? Nein. Diese Schlussfolgerung wäre nicht nur vorschnell, sondern auch gefährlich.

Derzeit treffen sich die Staaten zur 31. Weltklimakonferenz in Antalya – und dabei geht es um mehr als die nächste Abschlusserklärung. Es geht um die Frage, wie aus einem internationalen Regelwerk, das durchaus Wirkung entfaltet, endlich eine Transformation im erforderlichen Tempo wird. Die Kritik am internationalen Klimaprozess ist nachvollziehbar, doch wer allein die steigenden Emissionen betrachtet, übersieht eine entscheidende Entwicklung: Die Klimapolitik hat die erwartete Erwärmung bereits deutlich verändert. Vor dem Pariser Klimaabkommen bewegten sich langfristige Projektionen teilweise in Richtung von deutlich mehr als drei Grad Erwärmung. Die heute umgesetzten Maßnahmen führen nach aktuellen Schätzungen zwar weiterhin zu einer gefährlichen Erwärmung von etwa 2,8 Grad. Aber dieser Unterschied ist keineswegs belanglos.

Er bedeutet nicht, dass die Welt auf einem sicheren Kurs wäre. Er zeigt vielmehr, dass internationale Klimapolitik einen Unterschied macht, auch wenn dieser noch nicht ausreicht. Die eigentliche Schwäche des internationalen Klimaprozesses liegt weniger in der Existenz der Konferenzen als in der mangelnden Umsetzung ihrer Beschlüsse. Auf internationaler Ebene werden Klimaziele vereinbart, während nationale Regierungen gleichzeitig neue fossile Projekte unterstützen, Subventionen aufrechterhalten oder notwendige Investitionen verschleppen. Was diplomatisch zugesagt wird, muss sich anschließend gegen kurzfristige wirtschaftliche Interessen, politische Widerstände und bestehende Abhängigkeiten durchsetzen. Antalya muss deshalb die Frage beantworten, wie die bereits vereinbarte Abkehr von fossilen Energien tatsächlich organisiert werden kann. Nicht mit einer weiteren Formel, die alle unterschiedlich interpretieren können und am Ende doch weiter fossile Energien fördern und finanzieren, sondern mit nachvollziehbaren Zwischenschritten und überprüfbaren Fortschritten.

Ein bemerkenswerter Schwerpunkt der diesjährigen Klimakonferenz ist die Elektrifizierung. Die türkische COP31-Präsidentschaft hat mit ihrer Initiative „35 by 35" vorgeschlagen, den Anteil von Strom am weltweiten Endenergieverbrauch von derzeit gut 20 Prozent bis 2035 auf 35 Prozent zu erhöhen. Dahinter steckt ein wichtiger Perspektivwechsel. Die Energiewende besteht nicht allein darin, Kohle- und Gaskraftwerke durch Wind- und Solarenergie zu ersetzen. Entscheidend ist, fossile Energieträger auch im Verkehr, in Gebäuden und in der Industrie durch effizient genutzten Strom zu verdrängen. Das Ziel von Antalya ist ein wichtiger Impuls, allerdings noch keine verbindliche internationale Verpflichtung. Auch garantiert ein höherer Stromanteil allein keinen ausreichenden Klimaschutz. Entscheidend ist, wie dieser Strom erzeugt wird. Elektrifizierung ohne erneuerbare Energien ist nur die halbe Energiewende. Und ohne leistungsfähige Netze, Speicher und Flexibilität bleibt sie hinter ihren Möglichkeiten zurück.

Der Wert der Klimakonferenzen ist: Sie formulieren gemeinsame wirtschaftliche und technologische Entwicklungsrichtungen, die dann in nationale Politik, Investitionen und konkrete Projekte übersetzt werden müssen. Die Versuchung ist groß, jede Weltklimakonferenz als letzte Chance zu inszenieren. Das erzeugt Aufmerksamkeit, führt aber auch zu Enttäuschung, wenn nach zwei Wochen Verhandlungen keine historische Einigung steht. Klimapolitik funktioniert aber nicht wie ein einzelner Durchbruch, nach dem das Problem gelöst ist. Sie ist ein langfristiger wirtschaftlicher, technologischer und institutioneller Veränderungsprozess.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version am 9. November 2026 bei Focus Online erschienen.

Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2026-47-3